

Die Zukunft des Wirtschafts- und Automobilstandorts Baden-Württemberg & Deutschland jetzt sichern

Sicherheit schaffen und Dialog zwischen Politik und Wirtschaft intensivieren

 Impulspapier zur 7. Jahresveranstaltung Strategiedialog Automobilwirtschaft BW

Die aktuellen geopolitischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen stellen eine substantielle Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und des Automobillands Baden-Württemberg dar. Um die **Wertschöpfung und Beschäftigung** unter Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, bedarf es erheblicher Anstrengungen. Die Landesregierung Baden-Württemberg appelliert deshalb im Rahmen ihres Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW (SDA) an die Bundesregierung, die notwendigen **Weichenstellungen** jetzt vorzunehmen und sich auch auf **EU-Ebene** dafür einzusetzen, dass die dringend erforderlichen **Rahmenbedingungen** geschaffen werden. Ziel muss es sein, dass unsere Unternehmen **klimafreundliche und bezahlbare** Fahrzeuge für den Weltmarkt fertigen können.

I. Zügig Klarheit zu den Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts schaffen

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen gewaltige Investitionen geschultert werden. Politik und Wirtschaft können nur gemeinsam die Weichen so stellen, dass uns die Transformation zur Klimaneutralität ohne Strukturbrüche gelingt. Dazu bedarf es nach dem jüngsten Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** einer gemeinsamen **Zukunfts- und Transformationsagenda**. Unsere Unternehmen benötigen ein **rasches Signal** von der Politik, wie es mit den **zentralen Transformationsprojekten** und den in Aussicht gestellten Förderungen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit weitergeht. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie die Projekte aus dem **KTF** (Klima- und Transformationsfonds) umsetzt, damit die Transformation gelingen kann. **Verlässlichkeit und Planungssicherheit** sind Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Transformation. Wachsende Unsicherheit in den Unternehmen erhöht das Risiko, dass wichtige Zukunftsinvestitionen außerhalb Deutschlands getroffen werden. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam alles dafür tun, um das **Vertrauen** der Unternehmen in die **Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland** zu stärken und in strategisch wichtige **Transformationsprojekte hierzulande** zu investieren.

II. Längerfristige Vision zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht eine längerfristige Vision. Denn Unternehmen **investieren verstärkt im Ausland**. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft flossen rund 125 Milliarden Euro mehr Direktinvestitionen aus Deutschland ab, als im gleichen Zeitraum in die Bundesrepublik investiert wurden. Diesen alarmierenden Trend gilt es mit vereinten Kräften abzuwenden. Die Unternehmen leiden unter einer **hohen Abgabenlast**. Gleichzeitig ist die Höhe der Energiepreise für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und für die Transformationsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland und Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung. Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss für Unternehmen wieder attraktiver werden. Dazu müssen wir das **Vertrauen** der Unternehmen mit einer **längerfristigen Vision** in den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärken. Die kürzlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vorgestellte **Industrie-strategie** enthält wichtige Punkte, um den Industriestandort Deutschland in seiner ganzen Vielfalt zu erhalten, auch wenn die baden-württembergische Kernbranche der Automobil- und Zulieferwirtschaft, die unter massivem Transformationsdruck steht, darin kaum Erwähnung findet. Die Strategie sollte **rasch im Bund abgestimmt** und mit **konkreten Maßnahmen** sowie Mitteln umgesetzt werden.

Bürokratie auf allen staatlichen Ebenen abbauen

Zunehmende Regelungsdichte und -komplexität sowie ein hoher Verwaltungsaufwand belasten **Mittelstand, Start-ups und Industrie**. Sie entziehen den Unternehmen gerade in der Transformation wichtige Ressourcen. Da die größten bürokratischen Lasten auf **EU- und Bundesgesetze** zurückgehen, benötigen wir dort deutliche Fortschritte zur Entbürokratisierung. Baden-Württemberg begrüßt daher die **Initiativen des Bundes** für ein weiteres **Bürokratieentlastungsgesetz** sowie den

gemeinsamen **Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung** zwischen Bund und Ländern. Entscheidend ist, die genannten Vorschläge und Maßnahmen **rasch umzusetzen**. **Baden-Württemberg** wird mit der **Entlastungsallianz** einen eigenen Beitrag dazu leisten. Auf **EU-Ebene** hemmen teilweise zu detaillierte und wenig praxistaugliche Regulierungen Innovationen und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Kleine und mittlere Unternehmen sollten in EU-Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigt werden. Die bisherigen Vorschläge der EU wie z. B. die Reduzierung von **Berichtspflichten um 25 Prozent** haben eher **Symbolcharakter** und reichen bei Weitem nicht aus.

Transformationsregionen gezielt unterstützen / Förderprogramme entbürokratisieren

Europa muss sich der zunehmenden Konkurrenz aus Asien und den USA stellen. Dazu ist eine **Neujustierung der europäischen Förderpolitik** notwendig, um auch die traditionell wirtschaftsstarken **Innovationsregionen als wesentliche Motoren für europaweite Wertschöpfungsketten** bei der Transformation zu unterstützen. Dafür setzt sich die Landesregierung Baden-Württemberg seit Jahren ein. Denn wichtige Zukunftsinvestitionen gehen seit Jahren an Baden-Württemberg vorbei. Im **Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF)** sind Beihilfen nur für ausgewählte Technologiefelder und vorrangig in definierten Fördergebieten umsetzbar. Dies birgt eine **hohe Abwanderungsgefahr** in andere Länder der Welt und **schwächt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und damit auch Deutschland und Europa insgesamt!** Wir fordern deshalb, dass großvolumige Unterstützung für Zukunftsinvestitionen der gesamten Industrie im TCTF-Kontext auch in Baden-Württemberg machbar sein müssen. Gleichzeitig sollten Finanzierungsinstrumente wie die **Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP)** auch innovationsstarke Industrieregionen umfangreich unterstützen.

Nach dem Vorbild anderer EU-Staaten benötigen wir deutliche Fortschritte bei **Entbürokratisierung und Beschleunigung** von „**Important Projects of Common European Interest**“ (IPCEI). Außerdem sind die **beihilferechtlichen Prüfverfahren der EU-Kommission** – insbesondere auch für kleinere und mittlere Unternehmen – **zu komplex und zeitintensiv**.

Nach **2027** bedarf es überdies eines geeigneten **Nachfolgeinstruments für den Just Transition Fund**, welches auch die Transformationsregionen stärker berücksichtigt. Wir fordern hier den Bund ausdrücklich auf, eine solche Forderung zu unterstützen und den Transformationsregionen mehr Gehör zu geben.

Liefer- & Wertschöpfungsketten sowie Rohstoffe sichern und Recycling voranbringen

Es bedarf neuer **multilateraler Handels-, Rohstoff- und Kooperationsabkommen der EU mit anderen Weltregionen**. Initiativen auf europäischer Ebene wie das Gesetz zu kritischen Rohstoffen (Raw Materials Act) sowie das geplante Abkommen mit den USA über kritische Mineralien sind ausdrücklich zu begrüßen. Lange verhandelte Handelsabkommen wie das zwischen der EU und den Mercosur-Staaten sollten rasch abgeschlossen werden. Durch diese Diversifizierungsmaßnahmen können einseitige Abhängigkeiten verringert und die Lieferketten resilienter aufgestellt werden. Die Bundesregierung hat das Thema auf die Agenda gesetzt und plant, einen **Rohstofffonds** aufzulegen. **Wichtig sind schnelle und greifbare Verbesserungen**.

Die doppelte Transformation unserer Industrie kann nur gelingen, wenn die Wertschöpfungsketten funktionieren. Sowohl für die Digitalisierung als auch für mehr Nachhaltigkeit sind intelligente Chips und innovative Leistungselektronik essentiell. Europa und Deutschland müssen ihre Abhängigkeiten hier verringern, anderenfalls steht die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes auf dem Spiel – gerade in den baden-württembergischen Leitbranchen. Die Halbleiternachfrage in der Automobilindustrie wird sich bis 2030 laut verschiedener Studien verdreifachen. Die Nachfrage insgesamt über alle Branchen

hinweg steigt im selben Zeitraum jedoch nur um den Faktor 1,8. Das bedeutet: Das Wachstum der Chipnachfrage in der Automobilindustrie ist 1,7-mal höher als im Durchschnitt der anderen Branchen. Die Automobilindustrie ist im Branchenvergleich also am stärksten betroffen.

Nach der Nutzungsphase von Batterien in Elektrofahrzeugen bedarf es einer Strategie, die einen systematischen und planbaren Übergang in eine **zirkuläre Wirtschaft** skizziert. Das Handling von Batterien in Werkstätten, die notwendige Logistik, Möglichkeiten als stationärer Speicher und schließlich hochwertiges Recycling sind hier wichtige Themen. Baden-Württemberg geht mit einem **Runden Tisch Batterie** unter Einbindung aller relevanten Akteure diese Themen an, um damit das Ökosystem Batterie im Land weiter zu stärken.

III. Forschungs- und Innovationsagenda ressortübergreifend umsetzen

Deutschland gehört zu den **Top-Innovationsstandorten** der Welt. Die Nähe zu exzellenten Forschungsnetzwerken zeichnen den Wirtschaftsstandort aus. Die deutsche Automobilwirtschaft steht gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen weltweit an der Spitze und ist Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft. Baden-Württemberg verfügt über eine sehr gut aufgestellte Forschungslandschaft, von der grundlagenorientierten Materialforschung bis hin zur anwendungsnahen Produktforschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie bilden u.a. eine wichtige Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und sind auch auf die speziellen Bedürfnisse von kleineren und mittleren Unternehmen ausgerichtet. Diese Stärken gilt es im Schulterschluss mit der **EU und der Bundesregierung** weiter auszubauen. Es gilt, **allen Forschungseinrichtungen gleichermaßen** im internationalen Wettbewerb die bestmöglichen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, dazu gehört auch die leistungsgerechte Bezahlung des Spitzenpersonals.

Dafür ist es auch entscheidend, dass die Bundesregierung **Mittel für den Rollout von Zukunftstechnologien** nicht kürzt, wie dies beispielsweise im Bereich der Quantentechnologie geplant ist. Kürzungen führen in diesen Bereichen zu einem **massiven Wettbewerbsnachteil** für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und Deutschland.

Wir bitten die Bundesregierung darum, die **Zukunftsstrategie Forschung und Innovation** sowie die **Industriestrategie** so ressortübergreifend umzusetzen, dass Deutschland in entscheidenden Zukunftsfeldern vorne mitspielen kann. Gerade in Krisenzeiten müssen wir auf eine entschlossene **Forschungs- und Innovationsagenda** bauen. Wir setzen uns daher für eine **Flexibilisierung des Besserstellungsverbot** ein. Damit unsere Forschungseinrichtungen bei der Anwerbung von Top-Kräften nicht benachteiligt sind, müssen Ausnahmen vom Besserstellungsverbot für Spitzenpersonal möglich sein.

IV. Lade- und H2-Tankinfrastrukturen auch für Schwerlastverkehr aufbauen und Netze ausbauen – Bürokratie beim Aufbau von Pkw-Ladeinfrastruktur abbauen

Die Koppelung der Lkw-Maut an den CO₂-Ausstoß ist unter Klimaschutz-Aspekten erfolgt. Die **Fördermittel für emissionsfreie Lkw und Busse (KsNI)** sollten für die Erreichung der **Klimaziele im Verkehrssektor** und für die **Wettbewerbsfähigkeit** erhalten bleiben.

Für den Hochlauf klimaschonender Antriebstechnologien bedarf es eines ambitionierten und vorausschauenden **Ausbaus insbesondere von Lade- und Wasserstoff-Tankinfrastruktur für Lkw und schwere Nutzfahrzeuge** verbunden mit einem passenden **Flächenangebot**, abgestimmtem **Netzausbau** und **schnelleren Genehmigungsverfahren**.

Baden-Württemberg hat im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft BW das **flächendeckende Sicherheitsladernetz SAFE** aufgebaut und verdichtet es kontinuierlich. Schon jetzt belegt Baden-Württemberg bei der **Elektrifizierung** einen **Spitzenplatz** bei den **zugelassenen batterieelektrischen Pkw pro Einwohner/in** und ist gleichauf mit Bayern mit den **meisten öffentlichen Ladepunkten pro Kopf**. Auch bei **FlächenTOOL** ist der Südwesten mit bereits 155 eingetragenen Flächen **Vorreiter unter den Ländern**. Damit schaffen wir als Flächenland sehr gute Rahmenbedingungen, um den Umstieg auf klimaschonende Antriebe zu ermöglichen.

Im Rahmen des SDA wurde überdies ein umfassender **Stakeholder-Prozess** durchgeführt, in dem zentrale **Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung zum Abbau von Hemmnissen für Ladeinfrastruktur für Pkw** erarbeitet wurden, die im Rahmen der SDA-Jahresveranstaltung 2023 an den Bund adressiert werden. Hier möchten wir mit der **Bundesregierung ins Gespräch** kommen, um den **Rollout gemeinsam voranzutreiben**.

Für den Hochlauf der Ladeinfrastruktur für **Lkw** sind **attraktive Standorte**, ein **initiales Ladenetz** sowie die **Netzintegration von Ladeinfrastruktur** von zentraler Bedeutung. In **Baden-Württemberg** läuft bis Ende 2023 eine Bedarfs- und Standortanalyse zum flächendeckenden Laden (**Standortkonzept E-Laden Lkw**).

Baden-Württemberg fordert vom Bund:

- Die **Identifizierung attraktiver Standorte**, an denen ein **erhöhter Bedarf an Ladeinfrastruktur** für **batterieelektrische Nutzfahrzeuge** besteht und den entsprechenden **Aufbau** in Abstimmung mit den zuständigen **Stromnetzbetreibern**.
- Die schnelle **Umsetzung der Maßnahmen 61 und 62 des Masterplans Ladeinfrastruktur II** zum Aufbau eines **initialen Ladenetzes für Lkw** sowie eine entsprechende **Ausschreibung**.
- Die **Netzintegration von Ladeinfrastruktur bundesweit** zu **standardisieren** und zu **digitalisieren** sowie innerhalb der **Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur stärker zu berücksichtigen**.

Im Bereich **Wasserstoff-Tankinfrastruktur** für Lkw sind für Baden-Württemberg die **Eigenerzeugung von Wasserstoff** sowie der **flächendeckende Tankstellen-Ausbau** wesentlich. In **Baden-Württemberg** läuft aktuell der „**Aufbau einer Lade- und Wasserstofftank-Infrastruktur für Langstrecken-Lkw (LWT)**“ an, bei dem in einer **ersten Testphase** wasserstoffbetriebene schwere Nutzfahrzeuge versorgt werden sollen. Zudem wird LWT im Rahmen des **PiLaTes-Projekts** (Pilotlade- und Tankinfrastruktur für Langstrecken-Lkw) wissenschaftlich begleitet. Für den Luftverkehr und zur Sicherung der Resilienz setzt sich das Land für den Hochlauf klimaneutraler Kraftstoffe und die Transformation im Raffineriebereich ein.

Baden-Württemberg fordert weiter:

- Der Bund soll sich **aktiv für den Aufbau der Eigenerzeugung von Wasserstoff** (v.a. Elektrolyseure) in **Baden-Württemberg** einsetzen, denn die derzeit geltenden Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene fördern den Bau von Elektrolyseuren in Baden-Württemberg lediglich begrenzt.
- Mit der Unterstützung der **Bundesebene** muss der **flächendeckende Aufbau einer ausreichenden Wasserstofftankstellen-Infrastruktur** insbesondere für den **Schwerlastverkehr** zügig vorangetrieben werden. **Logistikunternehmen** benötigen zwingend einen engmaschigen Ausbau der Netze. Der Rahmen der Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) bildet dies nicht ab und ist daher nicht ausreichend. Dabei müssen

Bund und Länder intensiv zusammenarbeiten, um beim Tankstellenaufbau und Eigenerzeugung von Wasserstoff räumlich und zeitlich eng aufeinander abgestimmt zu sein.

- Sich aktiv für die Zulässigkeit des Imports von grünem Methanol einzusetzen (v. a. aus dem Nicht-EU-Ausland), das zum Erreichen der Klimaziele sowie für die notwendige Transformation im Raffineriebereich notwendig ist. Der Bund wird aufgefordert, den Raffineriestandort im Land zu stärken.

V. Energiewende gemeinsam voranbringen/Energiepreise senken

Baden-Württemberg unterstützt die Bundesregierung dabei, durch Steigerung der effizienten Nutzung von Energie (efficiency first!) und Erweiterung des Angebotes an verfügbarer Energie die Energiepreise zu senken und die Transformation zu einem klimaneutralen Energiesystem voranzubringen. Dazu soll in erster Linie der **Ausbau von erneuerbaren Energien sowie der notwendigen Stromübertragungsnetze** mit maximaler Geschwindigkeit vorangetrieben werden. Der Zugang zu grüner Energie ist für **Gunstregionen** heute ein klarer Standortvorteil. Baden-Württemberg hat dazu die von der **Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien** entwickelten **60 Maßnahmen zur Beschleunigung der Energiewende** beschlossen, die überwiegend umgesetzt sind. Zudem müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den zeitnahen Zubau von **wasserstofffähigen Gaskraftwerken** und den **Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur** zur perspektivischen Umstellung dieser Gaskraftwerke auf Wasserstoff sicherzustellen. Die Verfügbarkeit von Wasserstoff ist eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität und ein zentraler Standortfaktor für unsere Wirtschaft auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Die Verfügbarkeit von Wasserstoff ist, wo eine Direktnutzung sinnvoll und der Einsatz einer effizienteren Alternative nicht möglich ist, notwendig. Im Rahmen der Wasserstoff-Kernnetz-Planung ist der Südwesten jedoch noch zu wenig berücksichtigt. Für eine Nachbesserung setzt sich die Landesregierung beim Bund ein.

Für die Unternehmen sind **hohe Energiekosten ein bedeutender Standortnachteil**. Baden-Württemberg begrüßt die beschlossene **Senkung der Stromsteuer** jedenfalls für das produzierende Gewerbe deshalb ausdrücklich als **ersten Schritt**.

VI. Qualifizierung & Fachkräfte als Schlüssel zum Erfolg

Der **Fach- und Arbeitskräftemangel** stellt eine **Wachstums- und Innovationsbremse** für die gesamte deutsche Wirtschaft dar. Wenn sich junge Generationen bei der Ausbildungs-, Studiums- und **Berufswahl** für andere Branchen entscheiden, weil sie an der Zukunftsfähigkeit der **Automobilwirtschaft zweifeln**, dann entwickelt sich dies für den Automobilstandort Deutschland zunehmend zu einem besonderen Risiko. Jungen Menschen muss vermittelt werden, dass sie über die MINT-Berufe aktiv an Lösungen für die ökologischen Herausforderungen (Klimaschutz, Dekarbonisierung) arbeiten und die Zukunft gestalten können.

Neben der Erschließung inländischer Beschäftigungspotenziale über attraktive Ausbildungs- und Studienangebote, passgenaue **Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen** sowie entsprechende Informationsangebote müssen auch **ausländische Fachkräfte** einen vereinfachten Zugang zu inländischen Arbeitsplätzen erhalten. Das Gesetz zur Weiterentwicklung des **Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** ist dabei ein wichtiger Schritt. Neben den gesetzlichen Regelungen ist aber die praktische Umsetzung von großer Bedeutung. So besteht insbesondere dringender Handlungsbedarf bei der Terminvergabe zur **Visumsbeantragung** in deutschen Auslandsvertretungen. Die Verwaltungsverfahren rund um die Erwerbszuwanderung und Zuwanderung zu Qualifizierungszwecken müssen daher dringend beschleunigt und vereinfacht werden. Hierzu bedarf es insbesondere einer **personellen Ertüchtigung der zuständigen Stellen** sowie gut umsetzbarer und lebensnaher Lösungen unter Einsatz zentraler Datenbanken und zeitgemäßer digitaler Lösungen wie beispielsweise auch mit **Künstlicher Intelligenz (KI)**.

Baden-Württemberg arbeitet derzeit unter anderem an einer **zentralen Servicestelle** für Fachkräfte aus dem Ausland und verstärkt seine Aktivitäten, um internationale Talente zunächst für ein Studium und anschließend für eine Beschäftigung zu gewinnen. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg außerdem eine **landesweite und ressortübergreifende Weiterbildungsoffensive** gestartet.

VII. Mobilitätsdaten für Innovation & Wertschöpfung nutzen

Die Wettbewerbsregionen in Asien und Nordamerika verfügen über kapital- und innovationsstarke Technologieunternehmen. Um in diesem Wettbewerb wieder aufzuholen, bedarf es hoher Innovationskraft, eine Konzentration der verfügbaren Mittel in erfolgskritischen Technologien sowie einer besonders hohen Kooperationsbereitschaft der europäischen Akteure. Innerhalb Deutschlands müssen bundeseinheitliche Standards und Ziele gesetzt werden. Der Bund wird daher aufgefordert, **günstige Rahmenbedingungen für ein innovatives Datenökosystem** zu schaffen sowie den Hochlauf zu beschleunigen. Dabei ist es essenziell, dass der Bund hier eine aktive „**Kümmererrolle**“ einnimmt und geeignete Initiativen nicht nur anstößt, sondern zeitnah geeignete Maßnahmen für die Umsetzung ergreift. Datenzugänge für die Forschung sollten etabliert werden, wo immer insbesondere die **EU-Datenstrategie** Spielräume hierfür eröffnet, um Wissenschaft und Transfer zu stärken.

Deutschland braucht ein Update für die **KI-Strategie**. Dabei müssen alle fachlich tangierten Ressorts der Bundesregierung einbezogen und eine **ressortübergreifende KI-Strategie** aufgegleist werden. **Starke KI-Standorte** wie der Südwesten Deutschlands sollten dabei eingebunden werden. Der **AI Act** der EU darf nicht zu einer **Innovationsbremse** werden. Baden-Württemberg flankiert daher die Bemühungen der Bundesregierung für eine innovationsfreundliche Regulierung, welche die Risiken angemessen reguliert, ohne Innovationen auszubremsen.